

den deutschen Außenhandel im laufenden Jahre geliefert hat, stellt sich die deutsche Handelsbilanz wie folgt dar (Mengen in 1000 Doppelzentner, Werte in Millionen Mark):

	Mengen		Werte		Ein- fuhr über Schuß
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	
Mai	15 840	11 452	3 888	5 489	4 558
Juni	18 236	15 091	3 145	6 400	5 433
Juli	19 245	15 582	3 663	7 586	6 208
Aug.	21 100	16 277	2 832	9 418	6 684
Sept.	25 326	18 707	6 619	10 608	7 519

Nun hat sich zwar gerade in diesen Monaten der Wert der Mark außerordentlich verschlechtert, und das kommt in den schnell steigenden Preisen für alle Waren zum Ausdruck. Wenn wir aber die Menge der ein- und ausgeführten Waren zum Maßstab nehmen, so genügt das schon, um den schlechten Stand unserer Handelsbilanz festzustellen.

Es sind nicht nur außenpolitische und weltwirtschaftliche Ursachen, die die Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft und die Bilanzierung des Staatshaushalts verhindern. Der wichtigste Grund liegt in der Tatsache, daß die bestehenden Klassen dem Staat, der doch ihr eigener Staat ist, die Mittel zu seiner Existenz verweigern. Das kommt zunächst darin zum Ausdruck, daß sie sich ihren steuerlichen Leistungen entziehen; eine Folgeerscheinung davon ist der Mangel an Konsum, der von ihnen getrieben wird. Es ist für den Besitz vornehmer, seine liquiden Mittel in Sachwerte und Luxusgüter umzuwandeln, als sie der Kontrolle des Reichs zu unterstellen. Und so sehen wir, daß zu derselben Zeit, in der die arbeitende Bevölkerung sich kaum das Nötigste an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln kaufen kann, von den bestehenden Klassen ein unerhörter Aufwand getrieben wird. Es ist kein Zufall, daß gerade diejenigen Industrien am besten beschäftigt sind, die Qualitäts- und Luxuswaren herstellen. Ihre Erzeugnisse gehen nur zum Teil ins Ausland, ungeheure Mengen verbleiben in den Wohnungen und auf die Güter der kapitalträgen Kreise in Stadt und Land.

Die Regierung aber läßt die Dinge weiter treiben, sie wartet auf den Segen, der aus den Geldströmen der Industriellen fließen soll. In den Steueraussschüssen des Reichstages führt man langatmige Diskussionen über nebenläufige Fragen, die Hauptsache aber bleibt unerledigt, die Entlastung der Steuern von den bestehenden Klassen und die Durchsetzung der Erfassung der Sachwerte. Das arbeitende Volk wird sich diesen Zustand nicht lange mehr gefallen lassen. Wenn die Regierung sich vom Großkapital einwickeln lassen will, so werden die Massen auf den Plan treten und in aller Deutlichkeit sagen, was jetzt zu tun ist!

Reichsregierung und Leuerung

Das Reichskabinett beendete gestern nachmittag unter Teilnahme der preussischen Minister seine Beratungen über die durch die Leuerung geschaffene Lage. In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers wird den gesetzlichen Körperschaften unterzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Veröffentlichung sämtlicher Verzinsungs- und Zinseszinsverträge wegen Schleichhandels und Preistreiberel durch die Presse vorschreibt. Bei Verzinsungsverträgen wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehn.

Kerner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, wie sie sich in manchen Städten bereits frei gebildet haben. Diesen Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfungsstellen werden alsbald Anweisungen zu entschiedenem Vorgehen gegen den Wucher erhalten.

Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920/21 400 Millionen Mark bereit-

gestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders mangelhaft, d. h. der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten nach festzulegenden Bruchteil gedeckt ist. Von den 400 Millionen Mark sollen je ein Drittel die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden ausbringen. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch die von den Gemeinden nicht aufzubringenden Mittel übernehmen. Den Gemeinden soll in der Verwendung der Mittel innerhalb der festgesetzten Bestimmung freie Hand gelassen werden; jedoch sind die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß sich als Weg zur Besserung der Milchversorgung, soweit sie unter ungenügender Anlieferung leidet, insbesondere der Ankauf von Futter, vor allem von ausländischem Kraftfutter, und die verbilligte Abgabe solchen Futters an die Kuhhalter empfiehlt, welche die Gemeinden beschaffen und bei denen, wie z. B. bei den gemeindlichen Abmelde- und Milchmehlwirtschaften, eine Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß die Mehrerzeugung von Milch auch den Gemeinden zugute kommt.

Diese Anordnungen des Reichskabinetts sind im günstigsten Falle ein Dokument des guten Willens. In ihren Wirkungen werden diese Maßnahmen sehr an der Oberfläche haften bleiben. Mit ihnen ist vielleicht zu erreichen, daß eine mangelhafte Steigerung der Preise über die durch den Wertverlust bedingte Höhe hinaus verhindert wird. Die Massen der minderbemittelten Bevölkerung, die Massen der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten werden aber noch immer vergebens auf die Maßnahmen der Regierung, die der weiteren Geldentwertung und damit der Preissteigerung entgegenwirken, die auf den Kern des Problems dringen.

Das wird mit dieser hübschen Demonstration des Reichskabinetts nicht erreicht, aber selbst innerhalb des eng begrenzten Rahmens, den wir oben ihrer Wirkung gesteckt haben, wird die Verordnung keine wesentlichen Erfolge erzielen. Dazu kommt sie viel zu spät, denn längst sind, wie wir schon einmal sagten, selbst die schlimmsten Wucherpreise durch geschickte Maßnahmen der Händler in legale Preise umgewandelt worden. Aus zahlreichen Klagen der bürgerlichen Handelspresse kann die Reichsregierung darüber Aufschluß erhalten. Doch wird z. B. betont, daß der Handel genötigt sei, höhere Verkaufspreise zu nehmen, als durch den Einkaufspreis gerechtfertigt wären, weil die Händler darauf bedacht sein müßten, sich die Mittel für die zukünftigen teureren Einkäufe zu verschaffen. Das heißt also, der Händler kalkuliert die Aufschläge, die er selbst bei zukünftigen Einkäufen machen muß, bereits in die gegenwärtigen Verkaufspreise für die noch zu niedrigen Sätzen eingekauften Waren hinein. Durch solche und ähnliche Manipulationen wird das Händlertum den Behörden in jedem Falle nachweisen, daß keinerlei Wucher im Sinne der neuen Bestimmungen des Reichskabinetts vorliegt.

Die Anordnungen über die Milchversorgung aber sind vollends verfehlt. Denn sind sie nicht ohne Wert, denn sie bedeuten das Zugeständnis der Regierung, daß die freie Wirtschaft wieder einmal ihre Unfähigkeit erwiesen hat. Der Weg aber, den die Regierung in ihren neuen Bestimmungen geht, ist der Weg einer neuen Liebesgabe an die Landwirte, denn die 400 Millionen werden reiflos von den Agrariern geschluckt. Damit wird gleichzeitig die Leuerung der Ernährungspolitik des Herrn Hermes von neuem gekennzeichnet, was auch nicht ohne politische Bedeutung ist. Das Reich, die Länder und die Gemeinden erhöhen eine neue Belastung, die aus Steuermitteln gedeckt werden muß, und zwar eine neue Belastung zugunsten derjenigen Kreise, die sich noch immer weigern, ihre bestehenden Steuersummen an das Reich abzuführen. Wo bleibt hier das in anderen Fällen so lebhaft bekundete Bestreben, Belastung und Deckung in Einklang zu bringen? Wir werden auf diese unerhörte Politik des Reichsernährungsministers, gegen die es im Reichskabinett kein Gegengewicht zu geben scheint, in eingehenderen Darlegungen noch zurückkommen.

Neue kommunistische Zeitungsverbote. Wie aus Leipzig mitteilt, ist die an Stelle der verbotenen kommunistischen Zeitungen „Der rote Kurier“ und die „Schäffische Arbeiterzeitung“ erscheinende „Kommunistische Arbeiterzeitung“ gleichfalls verboten worden, da sie sich als die Fortsetzung der bereits verbotenen Zeitungen darstellt.

Ist Ferry wirklich entlassen?

Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet von einer Versammlung in der Branzer Friedhofshalle, in der Eberlein eine große Anklage gegen die wirklichen Pronostikure in den Reihen der Arbeiterkassen, gegen die Denunzianten der „Kölnischen Volkszeitung“ und ihre Nachbeter in der „Freiheit“ gehalten haben soll. Mit dieser Entlastungsprozedur brauchen wir uns nicht zu beschäftigen, da es ja an anderer Stelle für die Deffenlichkeit und insbesondere für die Arbeiterkassen genügend Gelegenheit geben wird, die Dinge reiflos aufzuklären.

Aber eine Behauptung Eberleins verdient Beachtung. Er sagte, daß der wegen verurteilter Sprengung der Siegessäule zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Ferry von der Regierung heimlich aus dem Zuchthaus entlassen worden sei. Die Regierung hat die Willkür, sich sofort zu dieser Behauptung zu äußern, da sie geeignet ist, den Verdacht zu verärfen, daß es sich bei Ferry um einen Polizeispion handelt.

Ungarische Terrorbanden für Oesterreich

Enthüllungen der „Wiener Arbeiterzeitung“

Int. Wien, 20. November.

Im heutigen Abendblatt der „Wiener Arbeiterzeitung“ werden sensationelle Dokumente veröffentlicht. Es handelt sich um einen provisorischen Entwurf der tschechischen Legation in Wien über die Aufstellung von Terrororganen aus ungarischen Soldaten und Banden, die bereits im Burgenland zum Einsatz bereitstehen. Nach dem Entwurf wird die Schaffung einer Bruchteilsgewalt angestrebt zur Intensivierung planmäßiger Aktionen gegen alle ungarischen Organisationen, sowie deren Führer und gegen die Presseleute der sogenannten Hefepresse. Es folgt ein genauer Bericht über die Organisation dieser Terrororganen, von denen unbedingte Disziplin, militärische Unterordnung, Gehorsamkeit usw. verlangt wird. Die Ausrüstung besteht aus Handpistolen, Gummischläuchen und Papierfäcken. Die Ausbildung soll erfolgen in Sport- und Wandervereinen. Das Hauptaugenmerk dieser Terrorbanden soll gerichtet sein auf die Raubhahmung und Verschleppung von Geiseln, die notwendigerweise am nächsten Baum oder Aabelstamm aufgefknüpft werden sollen.

Die Abstimmung in Dedenburg

Der Ausschuss für Neuverles des deutschösterreichischen Nationalrats hat nach Beratung des Venediger Protokolls einstimmig einen Antrag angenommen, wonach der Nationalrat von den für die Abstimmung gegebenen Zusagen der Völkervereinigung zurücktritt. Der Antrag besagt weiter, der Nationalrat erwarte, daß die Befriedung des Abstimmungsgebietes nicht vor seiner Klärung durch die ungarischen Formationen und nicht vor seiner Befriedung durch interalliierte Truppen als vollzogen festzustellen wird, und daß den burgenländischen Flüchtlingen auf österreichischem Boden die Teilnahme an der Volksabstimmung unter sicherem Schutze ermöglicht werde. Unter diesen Voraussetzungen möge der Nationalrat beschließen, das Protokoll von Venedig zu genehmigen. Dieser Beschluß des Ausschusses wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Nationalrats gestellt.

Die Völkervereinigung hat beschlossen, eine interalliierte Ordnungstruppe in das Abstimmungsgebiet zu entsenden. Sie wird zu gleichen Teilen aus italienischen, französischen und englischen Truppen bestehen und dem interalliierten Kontingent aus Oberösterreich einnehmen werden. Der Zeitpunkt des Abmarsches aus Oberösterreich nach Dedenburg ist noch nicht bekannt.

Die französische Heeresstärke

Paris, 30. November.

Nach dem Bericht des Heeresauschusses der Kammer der Deputierten verleiht wurde, wird Frankreich mit den Kolonien am 1. Januar 1922 829 000 Mann unter den Waffen haben, nach der Entlassung des ersten Kontingents der Jahressklasse 1920 640 000 Mann, im Mai nach der Entlassung der ersten Hälfte der Rekruten 777 000 Mann. Die Zahl stellt sich nach der Entlassung des restlichen Teiles der Jahressklasse 1920 jezeitweise auf 661 000 Mann. Im November wird das Heer wieder die Stärke von 680 000 Mann erreichen.

Der Streik der Buchdrucker in Italien ist beendet. In ganz Italien werden die Buchdrucker die Arbeit wieder aufnehmen.

Zwei Kinder

Humoreske von Fritz Wilhelm Karbe

Zwei Kinder trafen sich im Himmel und tauschten ihre kurzen Lebenserfahrungen aus.

Meine Eltern wohnen in ein großes Schloß, was viele Fenster und elektrisch Licht hatte. Der Garten war viel größer als das Dorf mit viel Bäumen, viel Tiere, viel Schmuckdinge und viel Dras. Zu mein Vater sagten die anderen Baten und zu meine Mutti Baronin. Wenn wir schazieren gingen, mußte Taro mit, der dann vor Freude bellte.

Als der Happerstorch mich bebringt hatte, kam ich in ein großes Bett. Drüber war der Himmel mit viel Sterns. Droße und kleine. Jeden Tag kam zu Mutti eine Tante, die brachte Schokolade, Bonbons und Sahne mit. Einmal auch Schiffe (Fische). Mutti lag im Bett und eszte. Wenn ich Hunger hatte, holte mich die Tante in Muttis Bett und ich eszte bei Mutti. Auch ein Onkel kam jeden Tag zu Mutti, zu dem Pappa Herr Doktor sagte.

Dann hatten wir noch eine Menge Menschen ins Schloß. Das waren aber keine Tanten und Onkels. Wenn Mutti auf einen Knopf drückte, kam gleich einer. Der mußte dann holen, was Mutti delagt hatte. Manchmal sagte auch Pappa, was sie holen sollten.

Dann kam eine Tante, und ich eszte nicht mehr bei Mutti. Die Tante dingte nicht mehr von mir, auch wenns dunkel war nicht. Aber Mutti und Pappa dingten weg, weil ich oft schrie, und das konnte Mutti nicht vertragen. Darum teilten Mutti und Pappa in ein Bad. Dabel war in unser Schloß auch eins, wo Mutti auch nicht horte, wenn ich weinte.

Viel Puppen hatte ich und viel Bilderbücher mit Tiere, Häuser und Dörtern mit Blumen. Im Sommer trugte mich die Tante in den Garten aufs Dras, wo ich dann unhertrichte und spielte. Manchmal machte ich meine Puppen taputt. Die Tante holte andere, die kleiner waren. Zweie aber waren so droß wie du. Blumen pflückte die Tante ab. Ich auch. Die fleckte ich ins Haar. Dann sagte die Tante ei, ei. Und ich lachte.

Ein Tag war der Schneemann da, und alles Dras war weiß. Auch das falt wars. In der Stude war Feuer und alles war warm. Die Tante setzte mich in einen Schlitten und Hans rannte mit mir über das weiße Dras. Morgen legte die Tante sich auf ein Fell und liechte mich Bilder sehen. Mutti und Pappa waren noch ins Bad. Sie denken nicht mehr an uns. Oder sie hatten uns verbest.

Als ich liefte, kamen Mutti und Pappa wieder nach Hause. Die Tante dingte dann fort und war weg. Mutti und Pappa fahrien in ein Automobil. Alle Tage. Einmal fohrite ich mit.

Wasste hatte eine Dede ins Automobil, wo ich reindewidelt kam. Es war fein. Alle Bäume lieften rasch an uns vorbei. Dann regnete es und wir wurden dann naß. Morgen mußte ich husten und mir war sehr heiß.

Dann kam der Onkel Doktor. Der steckte mir Glas unter den Arm und schädeltete den Kopf. Ich mußte immerzu trinken. Pappa und Mutti sigten an mein Bett. Mutti weinte. Pappa lächelte dann Mutti und mich. Lange liegte ich ins Bett. Ich eszte nicht mehr. Der Himmel über mein Bett ding weit weg. Sterns waren nicht mehr zu sehen. Dann schliefte ich ein und wachte bei dir auf.

Mit verwunderten Augen hatte das andere, etwas Ältere Kind der Erzählung gelauscht. Dann sprach es:

Ich hobte zuerst, det et de Rinda alle esal seht, denn id hatte och nicht uff de Belle. Aha id ha doch jemerkt, det et zwe Sorten Rinda leben du. Mein Bata jing als Arbeiter in ene große Fabrik un meine Mutta hatte zwe Kornemachestellen. Wir wohnen uff'n Hoff pater.

Ich wurde man bloß in enen Wajstorb selegt un mit enen ollen Soldatenmantel zudeckd, denn wa hatten bloß enen Bette, un dadrin lag Mutta. Frühmorgens, wenn Bata nach Arbeit jing, denn fleckte er Muttan erst Kaffee un Stuhl uff'n Stuhl vor Bette. Jesen mittag kam de Nachbarn un brachte Muttan'n Topp Suppe. Mutta woenie vor Freide, denn sie wuchte, det die Nachbarn allene nicht hatte; aber et half ihr ten Reden, sie mußte die Suppe essen. Bloß dreimal kam die Nachbarn, denn hatte sie Arbeit sehricht un konnte mittags nicht mehr zu Hause komm'n. Troßdem et Muttan medlich laua wurde, mußte sie rausstrabbeln un sich det Essen allene besorgen.

Wenige Wochen späta wurde id morgens um sechs jewede. Hals teba Kopp anzogen un non Muttan'n halbe Stunde weit nach en großer Haus jedragen. Hier trafen wa vilie Frauen mit Bündel uff die Arme; denn die mußten alle arbeiten jehn un brachten ihre Rinda deshalb nach die Krippe. Det war en großer, schener Saal, wo'nne Rasse Betten drin standen; un in jedet Bette kam en Kind. Frauen in lange weiße Kittel stelten uns. Jesen abend kam so ene nach die andere von die Mutta un holte die Rinda wieda. Ich war immer ens von die letzten, wat jeholt wurde. Mutta machte immer en janz jämlichet Gesicht, wenn sie mir in ihre Arme nahm un mit mir nach Hause joddelte.

Un-meinen Jeburtstag hatte id ene Puppe sehricht, die id aber bald die Bene ausstirren hatte. Bata toste mir aba fene neie, londen kloppte mir uff die Finga, un mit Draht un Strippe machte er die Bene wieda ran.

Winta un Somma machte id un schon jeden Tag die Reife. In'n Somma war et ja schen, wenn die Sonne Muttan uff'n Kopp schien, denn sahen ihre Haare nemlich aus wie Jold. Aha in'n

Winta ha id oftmals vor mir hinjeklupft, denn der Wind sand jedet Loch, was in die alle Dede war, un ha war'n nich wenig drin. Denn drückte mir Mutta so feste an sich, det mir orndlich die Luft wechblieb un spendierte mir woll manchmal noch die Hälfte von ihr Umjchlagebuch un maachte direkt en Wettrennen vor sich allene, un mir bloß schnell untagubringen.

Es war et och an enen mächtig kalten Wintamorgen. Ich war schon janz klamm un bligebald jefrorn. Mutta drückte mir wieda feste an sich un tröstete mir, det wa balle da sin. Ich bestand nicht, denn der Wind jing mächtig. Et wa janz dulle un statt uff die Straße. Blehlich rutschte Mutta aus, id hörte ihr noch juchen, un denn slog id mit'n Kopp uff wat Harzet. Allet drehte sich um mir; id fiel immer weita, bis id hier in'n Himmel wieda uffwachte.

Russen-Gastspiel

Im Theater in der Königgräzer Straße

Das Theater in der Königgräzer Straße hat Besuch. Mitglieder des Moskauer Künstlertheaters spielen Stücke in russischer Sprache. Nicht alle Mitglieder dieses berühmten Theaters sind beisammen, auch ihr berühmter Regisseur Stanislawski fehlt. Aber sein Geist fehlt nicht — und das ist die Hauptsache.

Sie gaben am ersten Abend „Drei Schwestern“, ein Drama von Tschchow. Tschchow ist der Dramatiker des Weinahe und Nicht-Geschehens. Menschen, die sich treiden lassen, Tragödien, in denen äußerlich fast nichts geschieht, Kleinstädte, an denen das Leben nur vom weitem vorübergeht — das sind die Dinge, die er nicht nur schildert, sondern, weih Gott, dramatisch gestaltet, wie keiner vor ihm. Hals- und Zwischenaktene, unmerkliche Regungen der Seele werden deutlich, und nicht das, was geschieht, ist wichtig, sondern die Stimmung, die über Menschen und Dingen liegt; die Melancholie des Provinzlebens. Diese stillen und scheinbar farblosen Dramen auf die Bühne zu bringen, das ist so etwa die schwerste Aufgabe, die ein Regisseur sich stellen kann. Sie wurde von den Russen wunderbar gelöst.

Drei Schwestern in einer kleinen Provinzstadt, die lieben, geliebt werden oder nicht geliebt werden, die ihren Geliebten verlieren, weil er fortliebt oder weil er im Duell erschossen wird, die weiterleben an der Seite eines ungeliebten Mannes oder einsam als einsames Fräulein — die Melancholie eines unbedeutenden Lebens, das ist der Inhalt dieses Dramas. Ich verstehe kein Wort russisch. Aber die Wirkung, die von dem ersten dieser Truppe ausgeht, ist so stark, daß man alles begreift, versteht und miterlebt. Endlich bekommt man wieder einen Begriff davon, wie herrlich ein gutes Theater sein kann. Zugleich allerdings sieht man erschreckend deutlich, wie sonderbar heruntergekommen

Der Streik der Angestellten

Berlin hatte einen kalten Tag mit Licht und keinen Strom. Darob große Aufregung in der gesamten bürgerlichen Presse. „Ungewöhnliche Verluste“ werden dem Berliner Wirtschaftsleben abermals zugefügt, heißt es dort. Auch die Arbeitererschaft, die infolge plötzlich eintretenden Strommangels die Arbeit einstellen muß und Lohnverluste erleidet, ist begreiflicherweise unwillig.

Wodurch ist dieser Schaden entstanden? Zunächst durch eine geradezu abenteuerliche Lohnpolitik des Magistrats. Der frumme Wege ging und auf diesen krummen Wegen zu erreichen suchte, daß die Angestellten überverteilt und sogar einige Gruppen der Angestellten von der Hauptmasse der Angestellten getrennt werden würden.

Es lagen zwei Schiedsprüche vor. Der erste war am 29. Oktober gefällt worden. Er wurde von beiden Seiten abgelehnt. Die Angestellten konnten ihn nicht annehmen, weil er für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember Zulagen vorsehe hatte, die vollkommen ungenügend waren. Der andere Schiedspruch, vom 21. November, machte den Versuch, die Besoldungsordnung der Beamten mit allen ihren starren Lohnstufen auf die Angestellten anzuwenden. Auch das mußten die Angestellten ablehnen. Sie mußten bei ihrer Forderung bleiben, daß das Besoldungsdienstalter bei ihnen schon bei dem 21. Lebensjahr beginnen sollte und daß einjährige Steigerungsstufen zur Durchführung kommen. Diese Forderungen lehnte der Magistrat ab.

Er unternahm dafür den Versuch, einzelne technische Angestellte durch die Verleihung des Beamtencharakters zu fördern und von den übrigen Angestellten zu trennen. Diese zu Beamten erhobenen Angestellten hätten dadurch eine einmalige Zahlung von 1000 Mark sofort erlangt. Er versuchte ferner den Friede, den von ihm mehrfach abgelehnten Spruch vom 29. Oktober im Augenblick der Streikgefahr für verbindlich erklären zu lassen, um ihn als Waffe gegen die Angestellten anwenden zu können.

Diese Lohnpolitik, die wohl als schlau gelten soll, in Wirklichkeit aber jeder Vernunft und Kenntnis der Dinge bar ist, mußte den Widerstand der Angestellten natürlich erst recht hervorrufen. Wenn der Berliner Magistrat es versucht, die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, die ursprünglich als eine zugunsten der Arbeitnehmer wirkende soziale Einrichtung gedacht ist, durch heimtückliche Anwendung in ein Mittel der Gewalt gegen die Angestellten zu verdrehen, dann muß das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft — nicht nur zum Magistrat und zu seiner Lohnpolitik, sondern zu dem neuen sozialen Recht und zur Anrufung von Schiedsgerichten zur Beseitigung von Lohnstreitigkeiten auf das empfindlichste erschüttert werden. Es ist aber nach unserer Ansicht nicht die Aufgabe des Magistrats, eine derartige Erschütterung herbeizuführen, sondern es ist seine Pflicht, das Gegenteil anzustreben. Außerdem verschüttet er sich selbst durch solche Manieren die Möglichkeit der friedlichen Verständigung mit seinen eigenen Angestellten bei zukünftigen Lohnbewegungen, denn woher soll angesichts solcher Taktik des Magistrats das Vertrauen der künftigen Angestellten zu einem Schiedsgericht kommen, das in zukünftigen Fällen vom Magistrat angeregt wird?

Kerner ist es, wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, völlig verfehlt, das System der Beamtenbesoldung anzuwenden in Betrieben, die nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden und die mit Stolz bei jeder Gelegenheit hervorheben, daß sie im Begriffe sind, das bei den Reichsbetrieben immer noch bestehende bürokratische Verwaltungssystem durch eine kaufmännische und modern-wirtschaftliche Leitung zu ersetzen. Die starre Systematik der alten Besoldungsordnung leidet immer noch unter ihren Traditionen, die aus der Zeit der unbeschränkten Herrschaft einer bürokratischen Verwaltung stammen. Will man sich die äußeren Vorteile einer am Kapitalismus geknüpften Betriebsweise sichern, indem man kaufmännische Geschäftsmethoden auf die öffentlichen Betriebe überträgt, will man auf solche Art eine größere geschäftliche Elastizität erreichen, dann muß man auch die Entlohnungsmethoden entsprechend elastisch gestalten. Das ist der Kern der Forderungen der Angestellten. Diese Forderungen sind nur ein Teil der fortschreitenden Entbürokratisierung öffentlicher Betriebe. Der Magistrat sollte begreifen, daß diese Forderungen erfüllt werden müssen, wenn die Lösung des Problems der Entbürokratisierung nicht empfindlich gestört werden soll.

Aber trotz alledem wäre der Schaden noch im letzten Augenblick abzumenden gewesen. Noch am Montag stellte unsere Fraktion in der Stadparlamentarischen Versammlung den Dringlichkeitsantrag, über die Forderungen der Angestellten zu beraten. Es sollte ein Ausweg gefunden und der Streik vermieden werden. Die Fünfmännermehrheit des bürgerlichen Blocks aber lehnte die Dringlichkeit der Angelegenheit ab, obwohl der Streik, für jedermann sichtbar, vor der Tür stand. Etwa 24 Stunden später war der Magistrat gezwungen, sämtliche Forderungen der Angestellten zu bewilligen. Zuvor mußte das Wirtschaftsleben Berlins einen halben Tag stillgelegt werden.

Damit war der Gipfel der Herrlichkeit in der Lohnpolitik erreicht — dank den fünf Parteien, um welche das Bürgertum den sozialistischen Parteien, der Stadtparlamentarischen Versammlung voraus ist. Die bürgerliche Mehrheit ist schuld, wenn es zum Streik gekommen ist. Hier zeigt sich zum erstenmal, daß die von reaktionärer Seite gewünschte Machtpolitik in Groß-Berlin den Interessen der Gemeinde zum Verderben gereichen muß. Der Streik der Angestellten, durch die Ungeschicklichkeiten des Magistrats erfolgreich vorbereitet und durch die Entscheidung der bürgerlichen Mehrheit des Rathauses endgültig unvermeidlich gemacht, dieser Streik ist der vielversprechende Anfang eines neuen Regimes, das insbesondere die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der Stadt in den Vordergrund führen muß.

Die Presse und der Streik

Der Streik der Wertangestellten hat natürlich wieder die lebhafteste Empörung der bürgerlichen Presse ausgelöst. Es ist dabei charakteristisch, daß nirgends der Magistrat angegriffen wird. — Der Magistrat steht den Angestellten als Arbeitgeber gegenüber und genießt infolgedessen in seiner Haltung die volle Sympathie der bürgerlichen Presse.

Unglaubliche Scharfmachertöne schlägt die „Bosliche Zeitung“ an. Sie schreibt:

„Es geht doch wirklich nicht an, daß die werktätige Bevölkerung einer Vier-Millionen-Stadt alle Leiden eines derart vom Zaune gebrochenen Streiks auf sich nehmen muß, bloß weil es etwa 70 Habitués gibt, die einen Streikbeschluß herbeizuführen“, auf den die anderen prompt hereinspringen und durch den sie zur „Solidarität“ gezwungen werden. Denn schließlich wollte die überwiegende Majorität von einem Streik nichts wissen und mußte erst durch „Leisen“ Zwang zu einer anderen Überzeugung gebracht werden. Das Recht auf einen Streik weder den Arbeitern noch den Angestellten bestritten werden, aber zum Streik darf es eben erst kommen, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Das ist bei diesem Streik aber durchaus nicht der Fall, der weil der gefällte Schiedspruch teilweise nicht gefiel, ganz streupflichtig von einigen wenigen verantwortungslosen Elementen in Szene gesetzt wurde. Und unter dem Terror derartiger Elemente hat die gesamte Bevölkerung Berlins aufs empfindlichste zu leiden! Das muß nun endlich einmal aufhören und die Stadt hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß derartige skandalöse Zustände ein für allemal unmöglich sind.“

Der Zentralverband der Angestellten mit 80 000 Mitgliedern, der Deutsche Werkmeisterverband, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, die mit dem ganzen Ansehen und der Macht ihrer Organisationen diese Bewegung durchgeführt haben — das sind nach der „Bos.“ 70 Habitués, „einige wenige verantwortungslose Elemente“ usw. Bei einer solchen Beschimpfung und verlogenen Darstellung will die platonische Anerkennung des Streikrechts gar nichts besagen. Die „Bosliche Zeitung“ zitiert natürlich auch freudig die „Sozialistische Korrespondenz“ mit folgenden Ausführungen:

„Wir sind nicht bezüden, darüber zu richten, ob der Berliner Magistrat mit seiner sozialistischen Mehrheit oder die in Frage kommende Sektion des Zentralverbandes der Angestellten im Recht ist. Aber wir wissen das eine: Je öfter sich solche Streiks wiederholen, desto sicherer wird die bürgerliche Mehrheit in Berlin wachsen, desto aussichtsloser wird der

Kampf der Sozialisierung und desto aussichtsreicher die Pläne des Herrn Stinnes für Auslieferung der öffentlichen Unternehmungen an das Privatkapital. Und diese Gefahren scheinen uns wesentlich größer zu sein, als der Kampf um eine verhältnismäßig geringfügige Gehaltsdifferenz.“

Diese Ausführungen können die Parteifreunde des Herrn Heilmann im Magistrat auf sich beziehen, denn der Magistrat war von dem Willen der Angestellten, ihre Forderungen durchzusetzen, unterrichtet und konnte auch die Folgen eines solchen Kampfes. Betrachtete man also auf sozialdemokratischer Seite die „geringfügige Gehaltsdifferenz“ — die für die Lebenshaltung der Angestellten sehr viel bedeutet — als unbedeutend im Vergleich zu den Folgen eines Kampfes, so hatte man im Magistrat Gelegenheit genug, diese Erkenntnis rechtzeitig zu betätigen!

Magistratsitzung und Angestelltenversammlung

In der „Neuen Philharmonie“ tagte heute mittag eine Vollversammlung der technischen und kaufmännischen Angestellten. Die Abstimmung über die Annahme der vom Reichsarbeitsministerium in den gestrigen Verhandlungen gefällten Entscheidung sieht bei Redaktionschluss noch aus, doch sind die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Auffassung, daß die Angestellten die Entscheidung annehmen werden, da die wesentlichen Forderungen der Streikenden erfüllt sind.

Die Versammlung beschloß, wie wir schon erfahren, auf Grund der Abmachungen vom Dienstag einstimmig die Arbeit aufzunehmen. Die Besoldungen gingen im geschlossenen Zuge in die Betriebe. Ferner wurde eine Resolution angenommen, in der auf das Schärfste gegen etwa geplante Maßnahmen Stellung genommen wird, gegen die sich die Angestellten mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln wenden werden.

Zur gleichen Zeit tagte im Rathause eine Magistratsitzung, die sich ebenfalls mit der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums befahte. Auch aus dieser Sitzung liegt eine Entscheidung noch nicht vor, doch war die Verhandlungskommission des Magistrats, die gestern an der Konferenz im Reichsarbeitsministerium teilnahm, politisch so zusammengesetzt, daß sie dem politischen Verhältnis im Magistrat selbst entsprach, so daß kaum anzunehmen ist, daß der Magistrat die Zustimmung der Verhandlungskommission desavouieren wird.

Viehzahlung in Berlin

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 und 8. Mai 1918 sowie den Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministeriums vom 13. Oktober 1919 und 14. Januar 1920 und im besonderen gemäß § 2 der genannten Verordnung vom 30. Januar 1917 findet am 1. Dezember d. J. eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federwild (Gänse, Enten, Hühner, Trut- und Perlhühner) und Bienenstöcke.

Die Durchführung der Zählung liegt in Berlin dem Magistrat und dem Polizeipräsidenten ob. Die Zählung selbst erfolgt durch Beamte der Verwaltungspolizei. Falls ein Zähler nicht erscheinen sollte, ist mündliche oder schriftliche Anzeige des Viehbestandes in der Viehzählungsabteilung des Statistischen Amtes der Stadtgemeinde Berlin, Poststr. 5, 2 Treppen, bis spätestens zum 8. Dezember zu erstatten.

Die Ergebnisse der Viehzählung dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, jedoch nicht zu Steuerzwecken benutzt werden; sie dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben. Ueber die den Viehhältern des einzelnen betreffenden Nachrichten wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Die Benutzung der Zählergebnisse für die Aufbringung der Viehschadenentschädigung und für Maßnahmen der öffentlichen Bewirtschaftung ist zulässig.

Margarinepreise

Im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht die Bahremsfelder Margarinewerke A. L. Mohr & Co. m. b. H. ein Inserat gegen die von der Berliner Polizei vorgenommene Befolgung von Margarine wegen übermäßiger Preisforderung. Wenn die Firma behauptet, daß gegen die vom Margarineverband festgesetzten Preise vom Reichsernährungsministerium keine Einwendungen erhoben worden sind, so ist das sehr wenig beweiskräftig. Das Ernährungsministerium hat bereits diese Maßnahmen gebilligt, die dem Interesse der verbrauchenden Bevölkerung kritisch zu widersprechen.

Wir halten jedenfalls nach wie vor an der Meinung fest, daß die vom Margarineverband festgesetzten Preise eine übermäßige Preisforderung darstellen. Diese Preise sind allein aufgebaut auf der durch die Geldentwertung eingetretenen Verteuerung der Rohstoffe. Sie haben aber nicht berücksichtigt, daß tierische und pflanzliche Rohstoffe in den letzten Monaten auf dem Weltmarkt um durchschnittlich 25 Prozent gesunken sind. Eine Berücksichtigung dieses Momentes wäre aber um so notwendiger, als die Margarineindustrie sich zum größten Teil in den Händen des ausländischen Kapitals befindet, das also in doppelter Hinsicht von der Geldentwertung Vorteil zieht.

Der Mord in der Meher Straße

Der mutmaßliche Mörder Tiele scheint darauf hinauszugehen, den wilden Mann zu spielen. Er befreit sich entschieden einen Mord und behauptet, daß Halenthal sich selbst das Leben genommen habe. Wie er sagt, veranlaßte ein Schuß ihn, der in Halenthals Zimmer fiel, zu ihm hineinzugehen. Halenthal jedoch, der aus einer Schußwunde blutete und sich ein Taschentuch in den Mund gesteckt hatte, sagte ihm wieder hinaus. Ein zweiter Schuß trieb ihn gleich darauf wieder in das Zimmer hinein. Jetzt lag Halenthal nur noch röhrend am Boden. Seine Frau kam nun auch herbeigelaufen und er steckte dem Sterbenden den Knebel weiter in den Mund hinein. Auf die Frage, weshalb er dank die Leiche nach Eberswalde hinausgeschafft habe, erwiderte er, er habe den Toten wollen ausstopfen lassen. Frau Tiele war gestern vormittag um 10 Uhr von Hause weggegangen. Nach Entdeckung des Verbrechens wurde die Wohnung von Kriminalbeamten besetzt. Als die Frau spät in der Nacht heimkehrte, nahmen die Beamten sie fest und brachten sie ebenfalls nach dem Polizeipräsidenten.

Vom eigenen Bruder erwürgt. Als gestern morgen der Völkemacher Ernst Sachs aus der Sächsischen Straße seine Laube, Heiligendamm 23, aufsuchte, fand er seinen Sohn, den 16-jährigen Schüler Erich Sachs, tot auf. Wie ein herbeigerufenen Arzt stellte, war der junge Mann erwürgt worden, auch hatte er am Kopfe mehrere große Wunden, die von Schlägen herührten. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben folgendes: Erich Sachs hatte mit seinem älteren Bruder, dem Arbeitslosen Hans Sachs, in der Laube gewohnt. In der Nacht sind beide zusammen in der Laube in Erichs Zimmer, in dessen Verkauf Hans Sachs in Hannover bei so lange auf seinen Bruder einflug und ihn schließlich erwürgte, bis dieser regungslos dalag. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Zariforschung bei der Hochbahngesellschaft. Ab Donnerstag werden folgende Fahrpreise erhoben: 1. Klasse, bis zum 5. Bahnhof 1,30 M., darüber hinaus 1,50 M. 2. Klasse, bis zum 5. Bahnhof 1,50 M., darüber hinaus 1,80 M.

unser Berliner Theater sind, auch die besseren. Mit endlosen Knechtlichkeiten hat man sich herumgeplagt, Dekorationen, Szenenbilder, Aufbau, Tempo, Stil der Sprache, Stil der Gebärden — alles hat man modernisiert (mit viel ehrsüchtiger Arbeit und Mühe!) und das Wichtigste hat man darüber verlernt: die Menschen-Darstellung.

Bei den Russen gibt es keine Haupt- und Nebenrollen. Jede, auch die kleinste Rolle eines jenseitigen Speichens, ist sorgfältig besetzt und ausgearbeitet; jeder ordnet sich dem Ganzen ein; jedes Gespräch, jeder Ton ist ganz genau abgestimmt und auf das Vor- und Nachher eingestimmt — und das Resultat ist Zusammenklang von solcher Geschlossenheit, von solch natürlicher Selbstverständlichkeit, daß man unwillkürlich denkt: das ist ja ganz leicht und ganz einfach, das muß eben so sein. In Wahrheit ist es das Höchste und Schwerste, was ein Theater leisten kann.

Berlin hat ganz sicher ebenso viele, ebenso begabte Schauspieler wie die Russen, und manche vielleicht noch begabter — aber eine solche Aufführung sieht man in ganz Berlin nicht.

Die Namen der Schauspieler zu nennen, erübrigt sich; es wäre ungerecht, auch nur einen auszulassen, so sehr ordnen sich alle dem Ganzen unter. Nur M. R. Tschernow und P. A. Pawlow, das vor allem aber M. R. Germanowa haben noch über das wunderwolle Ensemble hinaus, lange wagt ich keine Schauspielerin mehr gesehen, die mit solch einfachen Mitteln, in einer so ganz effektvollen Rolle, so erschütternd wirkt, wie diese Frau Germanowa. Sie geht durchs Zimmer, sie wendet den Kopf — und man weiß ihr ganzes Schicksal und die ganze Tragik eines einlam-eblen Hezens.

Zum Schluß sieht sie zwischen ihren beiden verlassen Schwestern am Gartenturm und spricht in den Abend hinaus — Worte, die ich nicht verstehe. Und doch weiß ich genau, was sie sagt. Sie tröstet. Ja, sie tröstet uns.

Dank, vielen Dank — ihr und ihren Kameraden!
Hans Siemien

Der Schubert-Jugendchor. Dem Berliner Schubert-Chor ist ein genialer Jugendchor angegliedert, dem Jugendliche und Kinder im Alter von 8 Jahren bis über dem Stimmwechsel hinaus (18 Jahre) angehören können. Die gesangskünstlerische und gesangspädagogische Leitung liegt in Händen des Gesangsreformers Prof. Roseberg d'Argutos. Auch werden die Stimmwerkzeuge von einem Spezial-Gesangslehrer beobachtet.

Roseberg d'Argutos leitende Reformgründung ist: Pädagogische und systematische Erziehung der Kinder- und Jugendstimmen. — Systematische und pädagogisch-künstlerische Stimm- und Gesangs- und musikalische Ausbildung während der Mutation (und Formulation) auf Grund seiner Anschauung vom Wesen und Phänomen der menschlichen Stimme. — Sozialkünstlerische und Gemeinschaftsorganisations- und Chororganisationswesen.

Eltern und Freunde von Proletariatskinder, heißt an diesem Kulturwerk mitarbeiten! Die Uebungs- und Unterrichtsstunden finden jeden Donnerstag von 6-7 1/2 Uhr in der Aula der Werner-Siemens-Realschule, Bahstr. 22, statt. Stimmbogabe Wächter und Anaben über 12 Jahre noch Ausnahme vor Beginn jeder Uebungsstunde.

Lohn und Gehalt. In der letzten Hälfte des 15. Jahrhunderts belief sich in Augsburg der Tagelohn auf den Wert von 5-6 Pfund des besten Fleisches. Zeitweise konnte ein Tagelöhner von seinem Lohn täglich ein Pfund Fleisch oder sieben Eier, ein Viertel Erbsen, ein Maß Wein und einen Laib Brot kaufen und behielt noch die Hälfte seiner Einnahmen übrig für Wohnung, Kleidung und andere Bedürfnisse. In Venedig verdiente 1464 der Tagelöhner täglich 18 Pfennige; in Paris Bratwurst kostete einen Pfennig, ein Pfund gutes Fleisch zwei Pfennige. In Klosterneuburg bekam 1490 der Tagelöhner 14 „Denare“ und Kost. Hier kostete ein Paar Schuhe 16 Denare, ein Rod 24 und der Meherlohn für ein Paar Hosen war 10 Denare. Die Landesverordnung des kaiserlichen Herzogs Albert von 1492 bestimmte, daß Mäher und Werkleute zufrieden sein sollten, wenn sie außer dem Lohn täglich mittags zwei und abends vier Speien erhielten: Suppe, zwei Fleischgericht- und ein Gemüse; an Fasttagen fünf Speien: Suppe, zweierlei Nische und zwei Jagemüs. In Dresden war der gewöhnliche Jahreslohn einer Köchin um 1460 sieben bis acht Gulden. Der eines Schweinehirtens vier Gulden; dafür konnte er sich einen fetten Dänen oder 20 Schafe kaufen!

Tages-Notizen

Neuer Schpiel des Reichlichen Schauspielhauses. Freitag, 18. Uhr, im neuen Saal der „Neuen Welt“, Subermenschen „Drama“, in der Kuchelung des Staatstheaters und unter der Spielleitung des Regisseurs Albert Volz.

Der zweite Jahrbuch der Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung, herausgegeben von der Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung, ist erschienen. Es enthält eine große Anzahl von Bildern, Zeichnungen, Skulpturen, etc. Es ist ein wertvolles Werk für die Kunst- und Gewerbeausstellung. Es ist in der Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung zu bekommen. Es kostet 10 Mark.

Einmal nach Berlin. Die Kunst- und Gewerbeausstellung, die Sonntag im Zentrum eröffnet wird, bringt nur Künstler, die im Besitz 10 Werke, u. a. Max Liebermann, Ludwig Beckmann, Hugo Bogel, Emil Nolde, Leo von Klee, Bruno Schuster, etc. Die Kunst- und Gewerbeausstellung ist ein wertvolles Werk für die Kunst- und Gewerbeausstellung. Es ist in der Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung zu bekommen. Es kostet 10 Mark.

Die Kunst- und Gewerbeausstellung in Berlin hat eine große Anzahl von Bildern, Zeichnungen, Skulpturen, etc. Es ist ein wertvolles Werk für die Kunst- und Gewerbeausstellung. Es ist in der Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung zu bekommen. Es kostet 10 Mark.

